

### **Anfrage**

Mit dem Ziel, die Informationstätigkeit des Staatsrates und der Freiburger Verwaltung zu fördern, wurde die neue Stelle eines 'Verantwortlichen des Informationsbüros' bei der Staatskanzlei geschaffen.

Gewählt wurde nun Herr Marc Valloton, wohnhaft in Bulle. Gestützt auf die Erklärungen der Staatskanzlerin spricht Herr Valloton nur gebrochen Deutsch. Ein Blick in die Stellenausschreibungen des Kantons Freiburg lässt aber den Schluss zu, dass im Prinzip alle neu angestellten Mitarbeiter beide Kantonssprachen in Wort und Schrift beherrschen sollten.

Unter diesen Umständen dürfte es insbesondere für die deutschsprechende Bevölkerung unseres Kantons schwer nachvollziehbar sein, wieso ausgerechnet der Informationsverantwortliche diese Sprachhürde nicht meistern muss.

Ohne die beruflichen Kompetenzen von Herrn Valloton in irgendeiner Weise anzuzweifeln, stellt sich die Frage, ob der Staatsrat bei der Wahl des Informationsverantwortlichen – insbesondere hinsichtlich der Sprachenfrage – mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen ist.

Wie stellt der Staatsrat sicher, dass die Informationsbedürfnisse der deutschsprachigen Presse und Einwohner sichergestellt werden und mit welchem Aufwand? Wie ist das Erfordernis der Zweisprachigkeit bei den Stellenausschreibungen des Staates nun zu interpretieren?

8. Februar 2006

### **Antwort des Staatsrats**

Die Anstellung des Verantwortlichen des Informationsbüros ist wie üblich das Ergebnis einer Evaluation, die sich auf mehrere Kriterien stützt. Die Wahl ist auf Herrn Valloton gefallen, weil er am meisten überzeugt hat mit seiner Erfahrung als Journalist bei Zeitungen und den elektronischen Medien, mit seinen Synthese- und redaktionellen Fähigkeiten, mit seinem pragmatischen Herangehen an die Funktion des Verantwortlichen des Informationsbüros und mit seiner Persönlichkeit.

Was die sprachlichen Fähigkeiten anbelangt, ist es leider nicht sehr häufig, dass man fähige Leute findet, die unsere beiden Amtssprachen sowohl mündlich als auch schriftlich perfekt beherrschen. Das war insbesondere bei der Besetzung dieser Stelle der Fall.

Die Tätigkeiten des Informationsbüros machen aber die baldige Anstellung einer zweiten Person nötig, und zwar namentlich für die Umsetzung der Internet-Verordnung. Für dieses Büro werden im Übrigen vertiefte Kenntnisse des Französischen und des Deutschen sowie profunde Kenntnisse der beiden Sprachregionen unseres Kantons verlangt.

Die Person, die als nächstes eingestellt wird, muss deshalb deutscher Muttersprache sein und die deutschsprachige Kultur des Kantons sehr gut kennen.

Unterdessen werden die deutschsprachigen Medien und Bevölkerung unseres Kantons mit Übersetzungen – die von der Staatskanzlei im Übrigen bereits heute systematisch angefertigt werden – informiert.

Man muss jedoch auch darauf hinweisen, dass die Deutschkenntnisse von Herrn Valloton nicht so schlecht sind, wie Grossrat Tenner meint. Herr Valloton versteht sehr gut Deutsch und kann sich in dieser Sprache ausdrücken. Die Hörer von Radio Freiburg, die ihn in den Morgennachrichten «Fryburg Info» vom 13. Februar 2006 gehört haben, werden das bestimmt bestätigen. Bei seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit hatte Herr Valloton zwar wenig Gelegenheit, die deutsche Sprache zu gebrauchen, aber er hat keine Hemmungen, sich in dieser Sprache auszudrücken und er ist daran, seine Sprachkenntnisse zu vertiefen.

Der Staatsrat will mit der Besetzung dieser Schlüsselstelle, die Anforderungen an die Zweisprachigkeit der Verwaltung nicht relativieren. Man muss diese Anforderung indessen differenziert betrachten. Es ist die Pflicht des Staates, mit allen seinen deutsch- und französischsprachigen Bürgern in ihrer Muttersprache zu verkehren. Dieses Ziel kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden: Entweder werden zweisprachige Personen angestellt oder in den Dienststellen gibt es sowohl Leute mit französischer als auch solche mit deutscher Muttersprache. Diese Flexibilität ist auch nötig, um die beruflichen Fähigkeiten, die für den guten Betrieb der Kantonsverwaltung nötig sind, berücksichtigen zu können.

Freiburg, den 21. Februar 2006